Landesverband der kommunalen Migrantenvertretungen
Baden-Württemberg (LAKA BW)

Charlottenstr. 25
70182 Stuttgart
Tel: +49 (0) 711 24837-202
www.laka-bw.de

Landesverband der kommunalen Migrantenvertretungen Baden-Württemberg (LAKA BW) begrüßt größere politische Partizipation aller Frauen

Stuttgart, 08. März 2022

Am Weltfrauentag legt der LAKA BW den Fokus auf die politische Partizipation aller Frauen. Egal ob im Bundestag (34,7%), im Landtag (29,2%) oder in den Gemeinde- oder Kreistagen Baden-Württembergs (26,8% und 22,6%), Frauen sind nach wie vor politisch unterrepräsentiert!

67% der Bürgermeisterinnen wurden 2014/2015 erstmalig ins Amt gewählt, die erste weibliche Bürgermeisterin in Baden-Württemberg (Beate Weber, Heidelberg) sogar erst 1990! Von ca. 1000 Bürgermeister*innenstellen sind nur 90 und von 103 Oberbürgermeister*innen nur 7 Frauen! Davon keine einzige Frau mit Migrationshintergrund oder Fluchterfahrung.

Besonders unterrepräsentiert im politischen Bereich sind weiterhin Frauen mit Migrationshintergrund: Sie stellten ein Prozent (!) der Ratsmitglieder in den Kommunen. Eine gute Möglichkeit für den Einstieg in kommunales politisches Engagement bieten kommunale Migrantenvertretungen, vor allem für Migrantinnen und geflüchtete Frauen. Sie lernen in den Gremien selbstbestimmt ihre Interessen zu vertreten und sich für Themen wie Gleichstellung, Diskriminierung und Rassismus einzusetzen.
Denn Demokratie lebt von Teilhabe und Teilhabe gelingt durch Gleichstellung – am Arbeitsplatz, in der Familie und in der Politik!

Hintergrundinformationen:

Der Landesverband der kommunalen Migrantenvertretungen Baden-Württemberg (LAKA BW) ist als Zusammenschluss der kommunalen Migrantenvertretungen das Vertretungsorgan der Bevölkerung Baden-Württembergs mit Migrationsgeschichte und arbeitet parteiübergreifend, überethnisch und überkonfessionell. Er ist legitimierter Ansprechpartner der Landesregierung (PartIntG BW § 10), des Landtages, aller relevanten Organisationen auf Landesebene, vergleichbarer Migrantengremien in anderen Bundesländern und dem Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat (BZI). Er setzt sich seit seiner Gründung 1998 auf politischer Ebene für die konstruktive Zusammenarbeit und Verständigung zwischen baden-württembergischen Einwohnerinnen und Einwohnern unterschiedlicher Herkunft ein. Wichtige Forderungen des LAKA BW sind das kommunale Wahlrecht für alle Einwohnerinnen und Einwohner Baden-Württembergs sowie die Einführung des herkunftssprachlichen Unterrichtes unter staatlicher Aufsicht an den Schulen in Baden-Württemberg.